

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Postkass. 17.
Kont. 6002. Erscheint täglich von 11-12.

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag u. Expedition: Halle. Gr. Ulrichstr. 27.
Telegr. 5407. Postkontokonto Bezugs 9 71/5173

Nr. 29

Bezugspreis: Durch Postträger jährlich monatlich 6.00 Mk. einschließlich Steuersteuer. Für Adressen 5.50 Mk. Durch Postweg im Vierteljahr 15.- monatlich 6.00 Mk. einj. Belegzahl.

Halle, Freitag, den 4. Februar 1921

5. Jahrgang.

Briand über die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Febr. Ministerpräsident Briand gab heute in der Kammer und im Senat die angelegentlichste Erklärung über die Konferenz von Paris ab. Daran schlossen sich in der Kammer die Interpellationen. Auf Wunsch Briands wurde die Sitzung um 1/2 Uhr abends abgebrochen und auf morgen nachmittag 3 Uhr vertagt.

Paris, 3. Febr. (W.F.B.) Die Erklärung, die heute nachmittag Ministerpräsident Briand in Kammer und Senat über die Ergebnisse der Pariser Konferenz abgab, beginnt mit folgenden Worten: Die Regierung gibt Ihnen die Ergebnisse, die sie Ihnen über die zwischen den Alliierten abgeschlossenen Vereinbarungen schließt. Die Verhandlungen sind unter den Umständen, die Sie kennen, eingeleitet worden. Unsere Regierung war kaum konstituiert, als sich bereits die verschiedenartigsten und verwickeltsten Probleme aufwarfen, die rasche und klare Lösungen verlangten. Wir haben in unserer letzten Erklärung die großen Linien der Politik, die wir zu verfolgen gedenken, auseinandergesetzt; wir haben uns bemüht, getraut auf die Autorität, die wir durch Ihr Vertrauen gefunden haben, in einer kurzen Spanne Zeit inmitten von Schwierigkeiten, die uns entgegentraten, die Äußerungen der verschiedenen Alliierten miteinander in Einklang zu bringen, damit im Rahmen des Friedensvertrages von Versailles die Konferenz von Paris das Programm, das die Kammer mit großer Mehrheit gebilligt hatte, annehme. Die Konferenz war einberufen worden, um eine Verständigung über die Entschleunigung, über das Orientproblem und über die Reparationsfrage zu finden. Es handelte sich zunächst darum, den von den Kontrollkommissionen festgestellten Verfügungen an den Verpflichtungen, die die deutsche Regierung übernommen hatte, loszulassen auf Grund des Vertrages als auf Grund des Abkommens von Boulogne und Spa ein Ende zu bereiten. Die französische Regierung, die berechtigt war, am 1. Januar 1921 die Anwendung der in Spa festgelegten Sanctionen zu fordern, hielt darauf, diese Frage mit den alliierten Mächten in voller Klarheit zu erörtern, es war ihr Wunsch, daß vor ihren Augen die Möglichkeit festgestellt wurde, von der sie nicht aufgehört hat, bei der Verfolgung ihrer unantastbaren Rechte einen Beweis zu liefern.

Nach diesen einleitenden Worten behandelte Briand zunächst die Frage der Entlassung Deutschlands. Bei der Besprechung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands betonte er die verschiedenartige Beurteilung derselben unter den Alliierten und gab zu, man hätte sich vor dem Unlösbareren beugen müssen. Er stellte die Möglichkeit noch höherer Entschleunigungen in Aussicht, wenn sich die deutsche Wirtschaftslage bessere und bestand zuletzt auf erhöhte Kohlenlieferungen an Frankreich. Er schloß mit den Worten: Die Konferenz von Paris habe die Entente gestärkt. Es zwingt diejenigen, die für die Zukunft verantwortlich seien, ihre Schuld zu begleichen. Es sei nicht eines der geringsten Verdienste dieser Zusammenkunft gewesen, daß sie in einer Atmosphäre von Verständigung zu Ende gegangen sei, die gelassen werde, der Zukunft in vollem Vertrauen und in voller Sicherheit entgegenzugehen.

Nachdem Briand die Regierungserklärung gelesen hatte, begann er sich in dem Senat, um dort die gleiche Erklärung abzugeben. Die Kammerisierung wurde so lange unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen gegen 1/2 Uhr nachmittags erklärte er erster Interpellant der Abgeordnete Margaine, er glaube nicht, daß viel mehr hätte erzielt werden können. Nach Ansicht des Kommunisten Cahin hat die letzte Konferenz die deutsche Entlassung aufgehoben, damit was reaktionäre Deutschland ausgerüstet sei gegen den zünftigen Bolschewismus. Cahin trat schließlich für Sozialrepublik ein und erklärte, daß Bestrichen werde erst geholt sein, wenn die Arbeiterwelt zur Macht gelange.

Der rechtsstehende Abg. Lacotte nannte die Ergebnisse der Konferenz eine Kapitulation und griff die französische und die englische Regierung an, aber erzielte, wie der Havas-Bericht feststellt, nur Scheitererfolge.

Abg. André Larbuiser kommt zu dem Ergebnis, daß das Abkommen von Paris weder neue Garantien, noch neue Pfänder gäbe und prüft dann die Möglichkeit, die Forderungen zu diskutieren. Die Solidarität der Alliierten bereite Schwierigkeiten, solange America nicht teilnehme. Das Abkommen von Paris will, wenn in 15 Jahren Deutschland alles bezahlt habe, einwandfrei dahin führen, daß man das Garantie durch die Befreiung des linken Rheinlands ausüben müßte. Der Abg. Berthelot erklärte, daß es seinen Wunsch wäre, die deutsche Regierung zu überzeugen. Sie müssen das linke Rheinland ewig besetzen. Larbuiser antwortete, je nach Maßnahme, wie uns der nächste Wille (!) der Deutschen dazu berechtigt, müssen wir die Pfänder behalten.

Larbuiser mußte dann seine Rede abbrechen, weil Ministerpräsident Briand erklärte, seine Pflichten zwingen ihn, die Sitzung zu verlassen. Die Sitzung wurde dann um 1/2 Uhr abends abgebrochen. Die Debatte wird morgen nachmittag 3 Uhr fortgesetzt werden.

Änderung des Kohlenabkommens von Spa.

Bella, 4. Febr. Die Denkschrift über die Kohlenfrage, die Staatssekretär Bergmann vor seiner Abreise nach Paris überreicht hat, führt die ungenügende Befeuerung der deut-

lichen Industrie vor, die mangelnde Versorgung mit Hausbrand und die ungenügende Beschaffung von Bunkerkohle, infolge deren eine große Anzahl Frischdampfer in den deutschen Häfen auflieg. Während die deutsche Industrie und Gesamtwirtschaft unter der Rohlennot zu erliegen droht, ist der Bedarf Frankreichs in allen Bezügen hineinreichend gedeckt. Deshalb glaubt die deutsche Regierung, daß kein Grund mehr besteht, die letzten Forderungen des Spa-Abkommens fortzuführen und nach weiterer Debatte die Fortführung des in der Kohlenbasis Deutschlands nichts ändert, folgenden Vorschlag: Für eine Dauer von 6 Monaten, vom 1. Februar 1921 ab, wird Deutschland den alliierten Mächten eine Kohlenmenge von 72 000 Tonnen Arbeit täglich liefern, was bei einem Monatsdurchschnitt von 25 Arbeitstagen 1 800 000 Tonnen im Monat ergibt. Im zweiten Teil der Denkschrift bittet die deutsche Regierung die im Spa-Abkommen festgelegte Zahlung von 5 Goldmark für die Tonne bestehen zu lassen und ferner eine weitere Entschädigung in bar zu gewähren, um den Unterschied des Inlandspreises zum Weltmarktpreise etwas auszugleichen.

Die verschwundenen Kerthoff-Akten.

Im Hauptsaal des Reichstages erklärte vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichsfinanzminister, Dr. Birth: Schon zweimal ist ich zum Hauptauschuß aufgefordert worden, über Steuerfragen von politischen Persönlichkeiten Auskunft zu geben. Das erhebt die veranlagte Abg. Mumm (N. Sp.) aus dem über die Steuerangelegenheiten des Reiches und jetzt verlangt der hessische Abgeordnete Schulz (Bromberg) vom mir, ich soll die sogenannte Ehrenerklärung, die das Finanzamt Hohentiefel dem Abg. van der Kerthoff über seine Steuerangelegenheiten erteilt hätte, durch eine deutsche Erklärung vor dem Hauptauschuß bringen und aufzeigen. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß der Finanzminister über die Vermögensverhältnisse irgendeiner Steuerpflichtigen Auskunft erteilen kann. Ich verweise auf § 10 der Abgabenordnung. Noch unmöglicher ist es aber, eine hinreichende Prüfung der Akten die Erklärung des Finanzamtes Hohentiefel an mich zu denken. Deshalb mußte ich auch des Anstehens des Abg. Schulz (Bromberg) absehen. Inzwischen habe ich mir nach Durchsicht der Akten folgenden Bild von der Angelegenheit gemacht. In einem eingehenden Bericht des Landesfinanzamtes Düsseldorf wird ausgeführt, daß sich trotz mancherlei Unstimmigkeiten die Richtigkeit der Steuerhinzurechnung nicht nachweisen lasse. Die Erklärung des Finanzamtes Hohentiefel bestätigt dem Abg. van der Kerthoff, daß dem Finanzamt nach Durchsicht alles zur Verfügung stehenden Materials die Aufschuldung nicht als lässig hätte erscheinen. Allerdings erscheint mit das Vorgehen des Finanzamtes Hohentiefel als vorzeitig, denn das Finanzamt war ohne Kenntnis der ganzen Sache zu einer solchen Erklärung nicht berufen. Es schwebt nämlich gegen den Abgeordneten van der Kerthoff noch ein zweites Verfahren wegen Beihilfe der Steuerhinterziehung. Allerdings liegt die Wert auf die Erklärung, daß sich bisher Belastendes nicht ergeben hat. Doch bin ich augenblicklich noch nicht in der Lage, in alle Einzelheiten der Sache einzuführen. Die Nachprüfung der Steuerakten hat ergeben, daß Akten auf unbegründete Weise verschwunden sind. Es sind Geschäftsbücher abhanden gekommen, deren Durchsicht die Prüfung der Steuerangelegenheiten erheblich erleichtert hätte. Weitere Schwierigkeiten der Untersuchung liegen darin, daß Abg. van der Kerthoff sich weigert, eine Reihe von Auskünften zu geben, die zur Klarstellung der Tatsachen unbedingt nötig sind.

In der darauf folgenden Debatte muß der Abgeordnete Helfferich zugaben, daß das Urteil des Landesfinanzamtes Düsseldorf sich nicht in allen Punkten mit der Ehrenklärung des Finanzamtes Hohentiefel deckt, daß ein formeller Verstoß seitens des Herrn v. d. Kerthoff, daß die Definition des amtlich versiegelten Geldmittels zummindestens sehr unklar und sehr unvorsichtig war. Er führt aber zur Entschuldigung den „guten Glauben“ v. d. Kerthoffs an. Ferner könnten bei der Umorganisation der Finanzämter die betreffenden Akten leicht abhandeln genommen oder verlegt worden sein. (Gelächter und Zurufe. Es fehlen aber gegen bestimmte Akten in drei Fällen und die Geschäftsbücher) Es ist aber zu sagen: Ich habe schon während des Krieges die Anbahnung der Corruption selber beobachtet müssen. (Zurufe: Mit einem Male! Abg. Alfo schon früher, nicht erst bei der Revolution!) Die Ausführungen Helfferichs fanden aber einmütige Zustimmung, wie auch die Maßnahmen Kerthoffs einstimmige Beurteilung fanden.

Gemeindeverwaltungen in Sachsen. Bei den Verhandlungen des lässlichen Landtages über einen deutschenationalen Antrag auf baldige Reueahlen der Gemeindevertretungen in Sachsen, die nach der Revolution gewählt worden sind, erklärte der Minister des Inneren Birhoff, es sei seine Absicht, dem Landtage bald ein Gemeindeverwaltungen geben zu lassen, wonach alle Wahlen an einem Tage und voraussichtlich schon im November dieses Jahres stattfinden sollen.

Erhöhte Fürsorge für die Kriegsopter.

Von R. G. Weiser, Juidan, W. d. R.

Das am 28. April 1920 von der Nationalversammlung verabschiedete, am 12. Mai 1920 in Kraft getretene Reichsversorgungsgesetz hat in den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen teilswegs rastlose Forderung ausgelöst. Im letzten Jahre im Reich tagende Bundestagekammern der Kriegsopter forderter unentgeltlich eine Reform derartigen Paragraphen, die das Rentensystem behandeln. Beantwortet werden im wesentlichen die §§ 21-23 und besonders der § 23 Abs. 1, der davon spricht, daß die Rentenbesitze bei Erreichung eines gewissen Einkommens teilweise oder gänzlich ruhen. Aber auch hier besteht innerhalb der Kriegsopter und besonders deren Organisationen keine einheitliche Auffassung. Wer die Entziehung des Reichsversorgungsgesetzes kennt und mit Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen in Berührung kommt, weiß, daß die an sich berechtigte Unzufriedenheit sich nicht lediglich gegen das neue Gesetz, sondern vor allem gegen die Regierung der Durchführung des Gesetzes richtet. Die Kriegsopter beschädigten und -hinterbliebenen wirken in der Weizsäcker heute immer noch nicht, wie sich ihre Rente nach dem neuen Gesetz gestaltet. Daraus resultiert ein Teil der Unzufriedenheit, und die Regierung muß alles tun, um vorerst einmal den Vollzug dieses Gesetzes zu erreichen. In den Vorparlamenten herrschen geradezu ständische Zustände, unter denen die Kriegsopter leiden müssen. In vielen Kreisen wird in einer Reihe gearbeitet (oder richtiger: nicht gearbeitet), die zur schärfsten Kritik herausfordert. Es ist kein Zweifel, ein Teil der Angestellten und Beamten hat an der bisherigen Durchführung des Gesetzes kein Interesse, weil sie möglichst lang in ihrem jetzigen Besitz verbleiben wollen. Der Beamtenkörper in den Versorgungsämtern weiß durch Übernahme von Beamten aus den verschiedenen abgebauten Verwaltungen die so laute Zusammenlegung auf, wie keine andere Reichsbehörde. Das Reibungen zwischen den verschiedenen Gruppen dieses Beamtenkörpers stattfinden, ist besannt, und naturgemäß wird dadurch die Arbeitsleistung der Versorgungsbehörden nicht gefördert. Die Differenzen innerhalb des Beamtenkörpers gingen soweit, daß in Süddeutschland die Beamten eines Versorgungsamtes mit dem Fernruhen der Akten drohten haben. Dieses Verhalten eines Teiles der Angestellten und Beamten darf länger nicht geduldet werden und die Regierung muß hier mit fester Hand aufpassen und endlich Ordnung in die Versorgungsämter bringen. Unter gar keinen Umständen dürfen darunter die Kriegsopter leiden und die Erledigung ihrer Ansprüche verzögert werden. Diese Zustände in den Versorgungsämtern abzuheben, ist eine gebieterische Notwendigkeit. Erst muß einmal der Vollzug des Gesetzes erfolgt sein und dann lassen sich die zweifellos vorhandenen Mängel beseitigen. Der Reichstag hat beim Reichstages die Einsetzung eines Ausschusses für Kriegsbeschädigtenfragen angeordnet, der stattdessen worden ist. Dieser (19.) Ausschuß hat nun vor Weihnachten die Vertreter sämtlicher Kriegsbeschädigtenorganisationen empfangen und ihre Wünsche entgegengenommen. Nach Wiederauftritt vor einigen Tagen hat der Ausschuß sich erneut mit den vorgelegten Wünschen beschäftigt und darüber beraten, wie im Rahmen des Gesetzes die Wünsche erfüllt werden können. Der Ausschuß war sich in der Mehrheit einig, daß jetzt, bevor das Gesetz nicht mehr in Aussicht steht, eine Reform des Gesetzes nicht möglich erscheint. Hinzu käme, daß die Erledigung der Ansprüche auf Jahre hinausgeschoben würden. Nachdem § 87 Abs. 2 des RVG, die Regierung ermächtigt, im Falle einer Erhöhung der Leutzungsgulage zur Anpassung an die Veränderungen der allgemeinen Wirtschaftslage in den §§ 45 Absatz 2 und § 46 Abs. 1 die Grenzen des einkommensteuerpflichtigen Jahreseinkommens zu erhöhen, konnte vorerst nur dieser Weg bestritten werden. Eine 10. Ausschuß eingehende Interpellation erging sich mit Ausnahme der unabhängigen Fraktion - die vereinigte kommunistische Fraktion war niemals vertreten! - auf folgenden Antrag:

- Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unentgeltlich Schritte zu tun, um die oben angeführte Forderung zu erfüllen, in dem Sinne, daß:
1. die Eruerungsgulage mit Wirkung vom 1. Januar 1921 von 25 auf 35 vom Hundert zu erhöhen;
 2. in § 45 Abs. 2 (Eruerungsgulage) den Betrag von 1500 Mk. auf 3000 Mk. zu erhöhen;
 3. die Stufen des einkommensteuerpflichtigen Einkommens (§ 49 Abs. 1 Ziffer 1) je um 2000 Mk. zu erhöhen.

Dieser Antrag ist vom 19. Ausschuß am 28. Januar gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen worden und wird in den nächsten Tagen vom Reichstag angenommen werden. Berühmte, daß die Erhöhung der Leutzungsgulagen für alle Ortsstellen, den Wegfall der unteren Stufen des einkommensteuerpflichtigen Einkommens, die in der Novelle zum Reichsversorgungsamtgesetz vorgesehene Erhöhung des steuerfreien Einkommens und weiter die zu erhöhende Rendite der Ortsstellenentlohnung, so bringt dieser Antrag eine wesentliche Verbesserung für die Kriegsopter. Wird dann weiter das neue Versorgungsamtgesetz mit aller Beschleunigung durchgeführt, dann wird eine allmäh-

Grund zur Klärung. Was wir haben gesehen, daß die demnächstige Forderung ist, diesen Soldaten abgeprochen wurde, die dem Kampfbildnis als Reserve dienenden. Man hat die Eintragungen in die Karte gemacht, die S. 4. Führung sehr gut, außer beim Kampfbildnis. (Hör, Hör! links.) Bezüglich des Wahlrechts möchte ich eine Erklärung des Abgeordneten, ob den Soldaten nicht nur das aktive sondern auch das passive Wahlrecht entzogen wird. Wie sieht es S. 4. mit der Wahlberechtigung nach, wenn vielleicht ein Angehöriger der Wehrmacht, als Präzedenzfälle nachschlagen wird? Scharf Stellung nehmen müssen wir auch gegen § 33 der Vorlage, der den Angehörigen der Wehrmacht keine politische Betätigung gestattet. Es ist völlig unmöglich, daß Männer, die sich auf 12 Jahre verpflichten, während dieser Zeit ganz abseits vom politischen Leben stehen sollen. Die 12jährige Schulzeit jüngerer Offiziere und Mann setzt sich auch in der Bestimmung, daß dem Soldaten die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten wird. Ich bitte um eine Erklärung des Ministers, ob dieses Verbot für alle Angehörigen der Wehrmacht, auch für Offiziere, in gleicher Weise abgesetzt ist. Ueberhaupt müssen wir der Wahrung entgegenstehen, die auch in diesem Gesetz den Offizier als eine über andere Beamte der Republik hervorragende Persönlichkeit gestiftet. Um die Möglichkeit der Erziehung des Offiziers wird im Ausland ein harter Kampf entbrennen. Eine so große Macht in den Händen der Begeleiteten sind die Qualifikationen der Offiziere. Es gibt ja auch in der Reichswehr einige sehr tüchtige Offiziere. Auch den Soldaten darf nicht vorgeführt werden, was seitens der Wehrmacht gegen die Beamten zu tun ist. Derartige Zustände sind eine Schmach und Schande für ein republikanisches Staatswesen. Ein gewisser Fortschritt besteht darin, daß die Heeres- und Marinebeamten geheim gewählt werden. Es besteht schon wieder eine gefährliche Keimzelle zum Schrankenverfall, aber das machen wir nicht mit. Die Soldatenverbände möchte der Minister am liebsten ganz verschwinden lassen, aber da Soldaten heute ein Beruf ist, brauchen die Soldaten Organisationen, um ihre Interessen zu wahren. Die bestehenden Organisationen müssen beibehalten werden, natürlich kann den Soldaten ein gesetzlicher Beirat (Mittelrat bei den Es.) der Wehrminister aus die Möglichkeit haben, einzugreifen, wenn die Beiräte die Disziplin und die Kameradschaft gefährden. Das passive Wahlrecht ist noch der Verfassung keinen Angehörigen der Wehrmacht genommen. Der Entwurf spricht nur vom aktiven Wahlrecht und unterscheidet nur zwischen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht, im übrigen sind unter Soldaten auch die Offiziere verstanden.

Abg. Müller (U. S.): Der Gehelentwurf hätte schon viel früher vorgelegt werden können. Die bürgerlichen Parteien im Entwurf sind eine Kapitulation vor der bürgerlichen Reaktion.

Abg. Koenen (Rom.): Die Soldaten stehen nach dem Gesetz in der Lage als die Arbeiter und Beamten. Sie sind deren Vorzuleisten willenlos ausgeübt, sie müssen sogar tragen, wenn sie heiraten wollen und erhalten die Heiratszulassung in der Regel nicht nach dem 27. Lebensjahre. Der Minister wird in der Reichswehr nicht gleiches Recht für alle schaffen können.

Dem Inhalt der Besprechung. Die Vorlage geht an diesen Ausschuss von 28 Mitgliedern.

Die Punkte zum Vorkommen werden im Besonderen in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gehelentwurf über den Aufwandsersatz des Grenzschutzpersonalis geht an den Ausschuss, nachdem Abg. Herzog (Rom.) dagegen protestiert, daß ein gleiches Bestim-

mung, die schon bei den Ländern allgemeine Absichten hervorgerufen habe, jetzt auf das Reich übernommen werden solle.

Zur dritten Beratung des Reichsbilanz-Gesetzes wurde befürwortet. Abg. Schlad (Zr.) nochmals den Antrag der bürgerlichen Parteien, demzufolge eine Verpflichtung zur Vorlage der Bilanzunterlagen nicht besteht. Die Befürworter der zweiten Lesung wurden angenommen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des gemeinsamen Antrages der Koalitionsparteien und Mehrheitsparteien zur Förderung des Wohnungsbaues für die Zeit bis 1940 für alle vor dem 1. Juli 1938 fertiggestellten Gebäude eine Abgabe zu erheben. Die Länder sind berechtigt, an die Stelle dieser Abgaben Zuschläge zu Steuern von Grundmieten zu legen.

Abg. Bahr (Dem.): begründet den Antrag und schließt die Wohnungsnot und protestiert gegen die Antrags, die Steuer nur auf Wohngebäude auszuweichen.

Abg. Glaser (Dem.): bedauert, daß angelehnt der Notlage im Wohnungsbau kein anderer Weg als die Annahme des Antrages möglich ist.

Abg. Brunn (D.): Das vorliegende Gesetz ist ein Notgesetz. Unter Antrag will nur die Wohnungsbesitzenden den Wohnräumen zur Steuer herangezogen. Zahlen soll die Steuer der Mieter oder Pächter.

Abg. Warchol (D. Vpl.): Die beschlossenen Anträge gefährden das Zustandekommen des Gesetzes, obwohl sie sachlich berechtigt sind. Das Gesetz trägt ja nur vorläufigen Charakter und die Sonderwünsche der Parteien können in dem zum Mai vorgesehenen Reichstag erledigt werden.

Abg. Muel (U. S.): Der Antrag Wumm will die Landwirtschaft ganz von der Steuer befreien, das ist der richtige Geist der heutigen Krise. Seine Partei könne die Hände nicht zu einem Mietssteuergesetz heben. Man möge die bürgerlichen Landwirte nur einmal ergründen anfallen. Erst die allgemeine Durchführung der Sozialisierung wird ermöglicht helfen können.

Abg. Frau Vang-Brumann (Bayr. Vpl.): erklärt sich mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Hölein (Rom.): Das freie Kapital ist nicht imstande zu bauen, da der Verfügungspreis zu teuer wäre, daß niemand die Mieten zahlen könnte, daher muß Staat und Gemeinde bauen. Aber der Mieter darf nicht das Opfer sein, wie Ihre Vorlage das will. Wir sind gegen das Gesetz und wollen dem Proletariat nicht noch eine neue Steuer abpressen.

Minister Dr. Braun: Eine Beschränkung der Steuer auf hohe Wohnräume allein würde nicht genügend Erträge liefern, es komme nicht auf die großen Städte hier allein an, sondern vor allem auch auf das Land.

Abg. Frau Siegel (U. S.): betont nochmals die Notwendigkeit der Sozialisierung.

Nach persönlichen Bemerkungen wird der Gehelentwurf unter Ablehnung der Lage gestellten Anträge in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Unabhängigen und Kommunisten.

Es folgt die Interpellation der Abg. Seel (Dn.), Graf von Bernstorff (D-Span), Glaserberger (Bauernb.) und Genossen über die Gefahr wirtschaftlich.

Die Interpellation wendet sich dagegen, daß im Gegensatz zu der Heeresfrage am 26. August 1920 eine Verordnung des Reichsernährungsministeriums vom 11. Dezember 1920 den Landwirten eine Mindestablieferungsverpflichtung für Heeres aufzuerlegen hat, die schwere Rückschlüsse für die landwirtschaftliche Betriebsführung ergeben hat.

Abg. Dr. Semmler (Dn.): begründet die Interpellation. Wenn die Regierung mit solchen Verordnungen wie der vom 11. Dezember den landwirtschaftlichen Betrieb störe, dann kann die Landwirtschaft nicht mit der Hand in Hand arbeiten, wie es notwendig ist. Wir verlangen die Aufhebung der Verordnung, damit die Produktion der

Landwirtschaft sich ruhig entwickeln und heigern kann. Die Landwirtschaft hat keine unzulässigen Gewinne gemacht.

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft den Inhalt der Staatssekretär Hubert: Aus der Fragebogen des Heeres hat sich bald eine Genugtuung der Versorgung mit Brotgetreide ergeben. Darum sollte die Zwangsverpflichtung von Heeres wieder eingeführt werden, mit Rücksicht auf die dringenden Anforderungen der Landwirtschaft wurde aber von einer Aktionierung abgesehen. Die Berechnung vom 11. Dezember legt den Landwirten nur eine Mindestabgabe fest und es ist nicht möglich auf. Das was dringend notwendig, weil bisher die Miltierung sehr gering war, die Festsetzung einer Strafe für nicht abgelieferten Heeres ließ sich nicht vermeiden.

Auf Antrag der Rechten wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Kämpfer (Soz.): Das Eingreifen der Regierung war dringend notwendig. Hätte die Regierung den Landwirten nicht so viel Vertrauen geschenkt, so hätte sie nicht nachdrücklich zum Umgekehrten raten brauchen. Jetzt wird allerdings der Wirtschaftswert der Landwirtschaft empfindlich gestört. Die Aufhebung der Verordnung ist nicht möglich, weil sonst die Heeresversorgung schwer gefährdet würde.

Abg. Gumann (Zr.): Mit der Zwangsverpflichtung nehme man den Landwirten den Heeres, den sie dringend für ihr Vieh benötigen. Die Regierung sollte den Landwirten den Mais nicht nur versprechen, sondern auch liefern. Die kleineren Landwirte müßten besonders geschützt werden.

Abg. Paris (D. Vpl.): Die Regierung hat ihre Zulage, Mais in genügender Menge zu liefern, nicht gehalten. Sie hat durch ihre Maßnahmen dem Getreideproduzenten und der Bauernschaft geschadet. Der Satz von 67 Mark ist unerschöpflich für den Heeres, da die Regierung selbst nachher 180 Mark für den Doppelzentrall fordert. Die Empörung der Landwirte ist also berechtigt.

Abg. Mele (Dem.): Von den kleinen Heigern, die ihren Heeres bereits veräußert haben, wird nicht mehr viel zu erhalten sein. Die Verordnung ist eben reichlich verspätet erfolgt. Wenn die kleinen Heiger nicht ganz befreit werden, besteht die Gefahr, daß der Heeres auszuweichen geht.

Abg. Brandt (U. S.): Die Maßnahmen des Ernährungsministeriums haben dazu geführt, daß insofern das Umgekehrte der Heeres erfüllt wurde. Jetzt will die Landwirtschaft das gleiche für das Brotgetreide herbeiführen.

Abg. Reich (Rom.) gibt den Großgrundbesitzern die Schuld, daß Tausende von Kindern Rot und Hunger leiden. Die großen Landwirte wollen sich nur bereichern, ganz gleich, was aus dem Volke wird.

Abg. Herber (Bayr. Vpl.): hält die Festsetzung kleinerer Landwirte mit dem tiefen Heerespreis für zu hart und bittet den Minister, geringfügige Beiträge nicht zu hart zu betragen.

Abg. Bachmeyer (Bayr. Bauernb.): betont, die Landwirtschaft bediene Verbräuen, aus dem Landwirt solle man keinen bestmöglichen Verdienst gönnen, dann würde er auch keine Pflicht tun.

Abg. Hölzer (Soz.): Wir müssen aus der Heeresalamantik herauskommen, eventuell durch Aufhebung der Verordnungen. Als Landrat eines Bezirks habe er kein Köndchen Heeres erhalten können, gewiß ein Beweis für den schlechten Willen der Landwirtschaft.

Nach einem Schlußwort des Abg. Halle (En.) schließt die Besprechung.

Nächste Sitzung morgen vormittag 11 Uhr. Anfragen, Interpellationen und kleine Vorlagen. (Schluß 7.45 Uhr.)

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten trat gestern vormittag zu einer längeren streng vertraulichen Besprechung zusammen, an der der Außenminister Dr. Simons teilnahm.

Schuhfabriken

10% auf alle schwarzen Lederschuhwaren

30% auf zurückgesetzte schwarze und farbige Lederschuhwaren

20% auf Einzelpaare und Restbestände Große Auswahl

Der Rabatt wird erst an der Kasse in Abzug gebracht

Der bisherige Preis ist auf der Sohle fest eingepreist

Herrenstiefel Damenstiefel		Netto-Preise	
gut Arbeits- und Strassenstiefel, solides Fabrikat	98.-	hoheleg. Leder-Spangenschuh, moderne Absatz	79.20
Beuchstiefel, eleg. Passform	148.-	solid. Strassenstiefel, in guter Lederverarbeit.	108.-
Gesellschaftsstiefel, echt Boxkalf, Ersatz für Mass.	198.-	schlechter Gesellschaftsstiefel, m. echt.Lackpappe moderne Form	124.20

Konfirmantestiefel besonders preiswert

Sommer
Tack
b.Gie AG Burg b.Magdeburg

Verkaufsstelle: Halle-Saale, Schmeerstr. 1

Schuhfabriken

Berechnung des Netto-Preises (ohne Steuer). Der angegebene Preis enthält den Nettobetrag. Der Steuerbetrag ist nach Abzug der Steuer zu berechnen. Der Brutto-Preis ist der Nettobetrag plus 20% Steuer. Der Endpreis ist der Brutto-Preis plus 20% Steuer.



Dem Sozialisten Paul Singer.

Am 31. Januar waren 10 Jahre vergangen, seitdem einer der bekanntesten Führer der Sozialdemokratie, Paul Singer, die Augen für immer schloß. Das Paul Singer für die Partei bedeutete und welche Arbeit er für sie leistete, das kann nur derjenige richtig erkennen, der zu seiner Zeit mit der Partei lebte und stritt. In einem kurzen Nachtrag zum Nekrolog und der Bedeutung seiner Parteiarbeit und dem Menschen Singer eingehend werden, ist nur schwer möglich. Der Öffentlichkeit am meisten eingetraget hat sich seine Persönlichkeit als Vorsitzender aller Parteitage der Sozialdemokratie, die nach dem Fall des Sozialistengesetzes folgten. Mit ruhiger Hand und unermüdetem Eifer hat er die Geschäfte, immer den Kreis in allen Stufen und bei allen Differenzen nicht allein die Einheit der Partei, sondern auch ihre Grundzüge zu wahren.

Singer wurde am 16. Januar 1844 als Sohn eines Kaufmanns geboren. Im Kaufmannshaus fand er auch zunächst sein Tätigkeitsfeld im Umgang mit hiesigen Wohlhabenden. Seine politischen Haltungen bestimmten sich auch zunächst in den Bahnen, die in solchen Kreisen üblich sind. Im Jahre 1869 schloß er sich dann der eben von Hebel und Lieberich gegründeten Eisenacher Richtung an, die in so grimmiger Fehde mit den Lassalleern lag. Er wirkte aber nicht in breitem Rahmen sondern in stiller Kleinarbeit als Vertrauensmann.

Das Sozialistengesetz gab dem Leben Paul Singers die neue Richtung. Schon als es herausging, sehen wir ihn an den intimen Beratungen in Berlin teilnehmen, wo man beabsichtigt, was zu tun, wenn es Witzelstilz werden sollte. Und als es da war und die Schöge viel, viel härter auf die Partei herabzulaufen als man voraussehen, als gar weniger schmerzbar werden, die man für hart gehalten, da erwies er sich, den Vertriebenen nur als einen Halben Angehörigen, als ein Genaues, fest und klar. Er wird zum geistigen Mittelpunkt der Bewegung in Berlin, er ist Teilnehmer an den Besprechungen in Leipzig und Jülich, auf denen die Gründung des „Sozialdemokraten“ beschlossen wird, er wird Teilnehmer der „Kapone“ genannten gemeinsamen Versammlungen der sozialistischen Parteigruppierungen Berlins, in den Zusammenkünfte die für jeden Teilnehmer, den die Polizei übertrahnte, die Ausweisung bedeutet, und er macht sich zu großen Vertrauen, daß Berlins Arbeiter, seit 1884 in den Reichstag, und das Berliner Rathaus entstanden und bis zu seinem Ende die beiden Mandate bei jeder späteren Wahl mit erhöhter Stimmkraft erneuert.

Er war einer von den ersten Sozialdemokraten, die in das Berliner Stadtparlament eintraten, und war der Stütze der Sozialistischen Fraktion dort die Richtung. Eine Reihe der sozialen Einrichtungen Berlins, auf welche die bürgerliche Mehrheit der Stadtvorordneten nicht leisten wollte, sind erst unter dem Druck der von Singer geleiteten sozialistischen Kritik zu dem geworden, was ihnen die große Anerkennung eintrug. Hier, in der Verwaltung, kam oben hinein ausgeprägter sozialistischer Radikalismus kein hervorstechendes praktisches. Sinn des ererbten Gedächtnisses, mannes zu vorbildhafter Geltung.

Im Reichstag lag das Schwerkammern der sozialdemokratischen Politik unter dem Vorzeichen auf der Seite der Kritik. Und hier leitete Singer Tätigste, mit der Zeit sogar Bedeutendste, so daß er schließlich dem ihm zunächst überlegen Hebel ebenbürtig zur Seite stand. Er hat sich auf einen parlamentarischen Tatgeber ersten Ranges entwickelt, der die Selbsterhaltung des Reichstages bewirkte wie kein zweiter und als ihr Meister auch alleinstufig Anerkennung genoss. Weiter als Hebel nahm Singer an den Diskussionen über die sozialistische Partei Anteil, im Streit um die Politik der Sozialdemokratie aber handelte er sich nicht auf der Seite der Partei, manchmal sogar noch weiter links als jener. Er war als Politiker radikal, aber nur zugleich Gegner aller Spekulationen in der Politik der Partei. Sein verächtlich Blick für das rein praktische Mögliche ließ ihn nie den Boden unter den Füßen verlieren und den Wert positiver Arbeit unterschätzen.

Auf dem höchsten Beobachtungspunkt in der Reichstagsdebatte haben seine Rede neben denen Wilhelm Liebknechts und anderer Einzelner, und die Partei hat ihm dort einen Ehrenplatz errichtet, der von der großen Dankbarkeit zeugt, in der sie sein Andenken hält.

Heter Knopf a.

Am Sonntag kam aus Pötel die Kunde, daß dort der „Theaterdirector des Anarchismus“ Fritz Rapoportin gestorben sei. Fritz Rapoportin wurde am 9. Dezember 1842 in Moskau geboren. Er war einer der interessantesten Persönlichkeiten der russischen, vielleicht auch der internationalen revolutionären Bewegung. Er entstammte einem der ältesten russischen Adelsgeschlechter und hat mal im Oberen behauptet, daß er mehr Rechte auf den russischen Thron hätte, als die Romanows. Er war 1863—1867 Adjutant des Generalgouverneurs von Transbaikalen und begannen schon früh, sich für die soziale Bewegung zu interessieren. Im Jahre 1874 verließ er, gelang es ihm, 1876 nach England zu emigrieren, und selbst lebte er in Belgien. Er wurde einer der Hauptleute des Anarchismus, wobei er aber, Gegner der terroristischen und gewalttätigen Formen des anarchischen Kampfes war. Die Lösung der sozialen Frage sieht er in einer ethischen und intellektuellen Höherentwicklung des Individuums, welche die bloßliche Form, die der Staat erhalten hat, überflüssig machen und ein harmonisches Nebeneinander der Menschen ermöglichen würde.

Wegen seiner Beteiligung an der revolutionären Bewegung in Frankreich wurde er auch in Frankreich 1883 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, aber 1886 begnadigt. Seither lebte er in London. Als die russische Revolution 1917 ausbrach, kehrte er nach Russland zurück und verbrachte die letzte Zeit in einer kleinen Stadt im Gouvernement Moskau, wo er, wie es letztlich sieht, sehr unter materieller Not gelitten hat. Er war als Gegner jeder Staatsgewalt auch ein Gegner der Sowjetregierung, gleichzeitig aber auch ein Gegner der antihöhenständlichen Intervention der Alliierten in Russland.

Gewerkschaftliches.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Der am 1. und 2. Februar 1921 in Berlin verfasste Vertrag der gewerkschaftlichen Betriebsrätegruppen (A. D. G. B.) und des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes (A. F. A. B.) fordert die zentralen Körperschaften der Betriebsräte und der Gewerkschaften Deutschlands auf, die bestehenden Verträge zu den Betriebsvertretungen auf ein einheitliches Grundgesetz durchzuführen. Sämtliche Betriebsvertretungen, welche zur Reumäßigigen, sollen nach Möglichkeit an einem örtlich zu vereinbarenden Tage im Monat März neu gemeldet werden. Die Apatition ist auf Grund der Forderungen der freien Gewerkschaften ebenfalls anzunehmen. Einheitliche Listen der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind in diesen Betrieben von den Gewerkschaftsstellvertretern aufzustellen. Jeder Betrieb, in dem Reihen freigelegener Gewerkschaften nach engen Parteilinien gebildet sind, ist nach dem A. D. G. B. und dem A. F. A. B. zu wählen, in dem Interesse der Einheit der Bewegung und unserer Kampfkraft gegenüber den Unternehmern unter allen Umständen auszuweichen.

Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Deutschlands treten ein für die Durchführung der Sozialisierung des Rohstoffbergbaus gemäß den Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands.

Die Kontrolle der Produktion und die soziale Verantwortung des Arbeiters und Angestellten ist der Betriebsräte gemäß den Bestimmungen des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands.

Die Durchführung des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands ist die Aufgabe der Gewerkschaften.

Die Durchführung der sozialen Verantwortungsregeln ist die Aufgabe der Gewerkschaften, wie sie durch Artikel 15 des Reichstages bestätigt, aber durch das Reichstagsgesetz in seiner jetzigen Fassung nicht bestätigt worden ist, was für die Übertragung der sozialistischen Verantwortlichkeit ist die sozialistische Gewerkschaft.

Freiwilligheitliche Arbeiter und Angestellte, Arbeiter, Angestellten, Betriebsräte und Gewerkschaften! Es muß die nächsten Wochen dazu, die Kollegen in den Betrieben zusammenzufinden, trotz der A. F. A. B. Arbeiter und Angestellten, welche ihren Klassenstandpunkt nicht erkennen lassen, weil sie für die freien Gewerkschaften gewonnen werden, erfordert durch Wahl von freigelegenen gewerkschaftlichen Betriebsräten, deren Willen, die Forderungen der freien Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften zur Durchführung zu bringen, gegen die kapitalistische Profitwirtschaft.

Die sozialistische Gewerkschaft!
 Berlin, den 2. Februar 1921.
 Der gewerkschaftsführende Ausschuss der gewerkschaftlichen Betriebsräte des A. D. G. B. und des A. F. A. B. und der Betriebsräte des sozialistischen Ausschusses.

Bereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pf. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranlassungen der gewerblichen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Vertriebswege, bezüglichen sein.

Redaktion an der Linde. Sonnabend, den 5. Februar, abends 9 Uhr, Monatsversammlung, 4 Uhr, Monatsversammlung, abends 9 Uhr.
Handwerk bei Saubhammer. Sonntag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, Monatsversammlung, abends 8 Uhr, Monatsversammlung, abends 8 Uhr.
Queck. Sonnabend, den 5. Februar, abends 8 Uhr, Monatsversammlung, abends 8 Uhr, Monatsversammlung, abends 8 Uhr.
Jörging. Sonntag, den 6. Februar, mittags 10 Uhr, Sonntag, den 6. Februar, mittags 10 Uhr.
Bellshof. Sonntag, den 5. Februar, abends 8 Uhr, Monatsversammlung, abends 8 Uhr, Monatsversammlung, abends 8 Uhr.
Wittenberg, Nr. 60. Die Vorstandsmitglieder, Vereinsmitglieder, Monatsversammlung, abends 8 Uhr, Monatsversammlung, abends 8 Uhr.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf in der Tafelmilch am Sonnabend, den 5. Februar, gegen Vorlage der Lebensmittelkarte an die Spindler der Nummern 48 001—57 000 vorm. von 8—1 Uhr. In jeder Berlin aller Haushalte werden abgeben: gelbe Wollwolle 1/2 Pfund 1 Mk., 1 Cole Wasserstoff 250 Pfund, 1/2 Pfund 1 Mk., 1/2 Pfund Wasserstoff werden außerdem noch die besten bekanntgebenen Artikel verkauft.
 Freitag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, Monatsversammlung, abends 8 Uhr, Monatsversammlung, abends 8 Uhr.

Arbeiter!
 Läst Euch nicht durch Schrei-Kettchen...
Großer Umsatz kleiner Nutzen
 in unter Schaulenfer und ein Besuch sagt alles!
 Herren-Hemden 39 Pf.
 Damen-Hemden 39 Pf.
 Kinder-Hemden 19 Pf.
 Unterhosen von 19 Pf.
 Dam.-Wäsche 29 Pf.
 Herren-Strumpfen 9 Pf.
 Damen-Strumpfen 9 Pf.
 Strümpfen 34, 75 Pf.
 Woll-Schleier 36 Pf.
 Bettwäsche
 nur gute Waare!

Billige Schuhwaren!
 Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln jeder Qualität und Vorzüge.
 Schuhbetriebs Sternstraße 14, II. Kein Risiko.

Kleine grüne Heringe 120 Pfg.
 „Nordsee“
 Dr. Ulrich-Str. 58.

Freier Gängerchor Halle
 Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.
 Gonnabend, den 5. Februar 1921, im Establishment „Hoffäger“, Lindenstraße (Inhaber Brunner) des
L. Stiftungsfest,
 bestehend in Konzert und Ball.
 Karten sind im Voraus zu 3—2 Mk. in der Volkshaus, Dr. Ulrichstr. 27, bei den Vorstandmitgliedern P. John, Zwingerstr. 22, O. Kliese, Büttnerstraße 30 und Fr. Schanze, Hardenbergstr. 12 sowie bei sämtlichen Sangeschwestern und an dem durch Beginn 6 Uhr abends. Einzelkarten an der Abendkasse 4.—Mk.
 Der Vorstand.

Lederhandlung
 Gegründ. 1861. Gebrüder Becker Teleph. 423.
Merseburg, Breitestr. 4.
 Sohleder- u. Oberleder-Ausschnitt.
 Schuhmacher-Bedarfsartikel.
 Schäfte. Gummiflecke.

Billigste Bezugsquelle
Matratzen
 3 Teilm., in Juner, Sommer, Winter, in 150/150 cm, in 150/180 cm, in 150/200 cm, in 150/220 cm, in 150/240 cm, in 150/260 cm, in 150/280 cm, in 150/300 cm, in 150/320 cm, in 150/340 cm, in 150/360 cm, in 150/380 cm, in 150/400 cm, in 150/420 cm, in 150/440 cm, in 150/460 cm, in 150/480 cm, in 150/500 cm, in 150/520 cm, in 150/540 cm, in 150/560 cm, in 150/580 cm, in 150/600 cm, in 150/620 cm, in 150/640 cm, in 150/660 cm, in 150/680 cm, in 150/700 cm, in 150/720 cm, in 150/740 cm, in 150/760 cm, in 150/780 cm, in 150/800 cm, in 150/820 cm, in 150/840 cm, in 150/860 cm, in 150/880 cm, in 150/900 cm, in 150/920 cm, in 150/940 cm, in 150/960 cm, in 150/980 cm, in 150/1000 cm.

Gesangbücher!
Reparaturen an Uhren
la. Sternwolle
Albin Hentze

Partie-Engros-Lager
 Große Wareneinzelverkauf

Frauen +
 Damen-Hemden, Unterhosen, Strumpfen, Wäsche, Kleider, Schuhe, Hüte, Handschuhe, etc.

Dauerhafte Handkoffer
 echt Vulkan-Faser, sehr billig bei H. Krasemann, Kofferspezialgeschäft, nur Schmerstr. 19.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

Partei-Angelegenheiten.

Jungsozialisten. Montag, den 7. Februar, pünktlich abends 7 Uhr, Zusammenkunft in Mühlberg...

Rein Arbeiterjugend. Heute, Freitag, abends 7 Uhr, hat der Gen. Leig einen Vortrag über 'Expreßionismus und Futurismus' im Mozartheim...

Aus dem Stadtreis.

Sitzung des Bauhausauschusses.

Die beim Ende des Elektrizitätsausbaus an den öffentlichen Gebäuden (Bauhausgebäude, Sitzungszimmer des Materialvereins usw.) eingetragene Überziehleistungen von 2898 000 Mark wurden nachbewilligt...

Zur die im Anhang II Oben neu einzurichtende zweite Klasse wurde die Anstellung eines Hilfsleiters beschließen. Die Kosten in Höhe von 14 000 Mark wurden bewilligt...

Tagesordnung

- 1. Wahl eines Stadtkommissars. 2. Wahl von Mitgliedern der Bauhauser-Stiftung. 3. Änderung der Grundbesitzordnung. 4. Festlegung eines Bauhausplans...

Der Stadtkommissar-Vorsteher. Reil.

Spartakares ist geblieben.

Die 'Hollische Zeitung' trägt an. Sozialistischer Text in der hollischen Zeitung, tönt aus der 'S. 3.'. 'Wem liehen nicht die Haare zu Berge, wenn er das vermag...'

Was der Reichsleiter in jenem Briefe sonst noch über die Bekämpfung unserer Partei durch andere Genossen sagt...

Zur Information unserer Leser wollen wir noch mitteilen, daß vom deutschnationalen Reichsgerichtsrat folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet wurde...

Verhaftung einer 15köpfigen Waffenfabrikbande.

Spietshofen und sein Ende. Kein Tag vergeht fast, wo nicht in irgend einem Winkel unseres vernünftigen Deutschlands eine sensationelle Entdeckung gemacht wird...

Der 'Klassenkampf' berichtet über die Verhaftung von fünfzig Personen, die sich hier in Halle und Umgebung mit Waffen anhäufen, beschäftigen...

Die Beschlüsse sind dem städtischen Kassenausschusse, das bekanntlich im August v. J. auf eine eigenartige Weise verhaftet wurde...

Im Auto auf der Waffenfahne.

Die Beschlüsse sind dem städtischen Kassenausschusse, das bekanntlich im August v. J. auf eine eigenartige Weise verhaftet wurde...

Verdacht der Teilnahme beim Begräbnis des Antoniusines in Gittereidecht. Heber Grimm kam das Gericht zu mehreren Anträgen. Er und ein weiterer Angeklagter Weis waren...

Schmutzgericht.

Der Richter des Gutshofes Walter in Klein-Kugel vor Gericht. Die Verurteilung der Kopp-Widwige ist aus dem Gutshofes Walter zum Verhältnis geworden...

Das Urteil ist bereits gesprochen. Was brauchen wir den Antoniusines? Der Mann wird ergriffen! Darauf haben zwei Leute Walter erstattet...

Rath leugnet dies alles. Er habe von der fern nach den oben beschriebenen Vorgängen einen Schlag gehabt...

Achtung! Mitglieder des Verbandes der Gemeindevorstände und Staatsarbeiter.

In dieser gewohnter Weise verhalten die Zeitträger der Gemeindevorstände der Hand- und Kopfarbeiter in den letzten Tagen...

Der Vorstand der Städtischen Halle des Verbandes der Gemeindevorstände und Staatsarbeiter.

Sein erstes Stiftungsfest. Am Sonntag, den 3. Februar, im 'Höfeger', Lindenstr. 2, in der Städtischen Halle...

Einführung des Bauhausauschusses für die Provinziallandtagwahlen im Stadtreis Halle. Der Bauhausminister Oberbürgermeister Rine...

Die Geburten in Halle zeigen nach dem neuen Monatsbericht des Städtischen Amtes der Stadt Halle noch immer fallende Tendenz...

Städtischer Infanterieklub. Gestern vormittag kurz vor 12 Uhr wurde beim Infanterieklub 7 beschuldigte Schloffer...

Einschub. In der Nacht zum 2. d. Mts. wurde in dem Hinzengracht von Hs. Steinweg 46/47, durch Verhaftungen...

Rechtsüberfall. Am 2. Februar, vorm. vertrieb ein stellerloser Hundlungsgeselle in der Str. Eintracht auf eine Kontostift...

Wiederholte folgende ...
„Die Volkshilfe“ ...
„Die Volkshilfe“ ...

weil sie nicht in die Wählerlisten eingetragen waren. Sie fehlt ...
Doch. Öffentliche Verammlung. Der S. P. D. ...

über den Arbeitserwerb ...
über den Arbeitserwerb ...

„Die Volkshilfe“ ...
„Die Volkshilfe“ ...

Die Volkshilfe ...
Die Volkshilfe ...

über den Arbeitserwerb ...
über den Arbeitserwerb ...

Die Volkshilfe ...
Die Volkshilfe ...

Die Volkshilfe ...
Die Volkshilfe ...

über den Arbeitserwerb ...
über den Arbeitserwerb ...

Die Volkshilfe ...
Die Volkshilfe ...

Die Volkshilfe ...
Die Volkshilfe ...

über den Arbeitserwerb ...
über den Arbeitserwerb ...

Die Volkshilfe ...
Die Volkshilfe ...

Die Volkshilfe ...
Die Volkshilfe ...

über den Arbeitserwerb ...
über den Arbeitserwerb ...

Die Volkshilfe ...
Die Volkshilfe ...

Die Volkshilfe ...
Die Volkshilfe ...

über den Arbeitserwerb ...
über den Arbeitserwerb ...

Provinz und Umgegend.

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Generalstreik im Mansfelder Bergwerksbezirk.
Scute wegen ist im ganzen Mansfelder Bergwerksbezirk ...

Die Wählerin

Blätter zum Wahlkampf in Preußen

Bebel über die Stellung der Frau.

Die Frau und der Arbeiter haben seit alter Zeit gemein, Unterdrückte zu sein, und daß trotz aller Aenderung in den Formen ihrer Unterdrückung diese selbst stets blieb. Die Frau, wie der Arbeiter sind im Laufe der Geschichte erst neuerdings zum klaren Bewußtsein ihrer Knechtschaftsstellung gekommen, aber die Frau weniger als der Arbeiter, weil sie in der Regel noch tiefer steht als dieser, und von ihm selbst als unterbütig angesehen und behandelt wurde

Die Frau ist in der neuen Gesellschaft sozial und ökonomisch vollkommen unabhängig, sie ist keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr unterworfen, sie steht nunmehr dem Manne als freie, Gleiche gegenüber, sie ist Herrin Geschide.

(August Bebel: „Die Frau und der Sozialismus“.)

Warum und Wie?

Von Anna Bloss.

Warum sollen Frauen wählen? Wie sollen Frauen wählen?

Als der 9. November 1918 den Frauen das Wahlrecht brachte, war die Begeisterung unter den meisten von ihnen sehr groß, noch größer das Liebeswerben der Parteien, die der Frau bisher die politische Wahlberechtigung absprechen wollten.

Das Interesse vieler Frauen für die politische Freiheit und die Rechte, die sie ihnen brachte, hat inzwischen sehr abgelaufen. Viele, die sich vorher überhaupt nicht um Politik gekümmert hatten, machten sich ganz unklare Begriffe von der Wirkung des Frauenstimmrechts, die sich nicht in die Tat umsetzen konnten. Andere, die eifrig um das Frauenstimmrecht gekämpft hatten, glaubten ebenfalls, mit der Verwirklichung müsse eine bessere, schönere Zeit für die Frauen kommen. Sie alle leiden unter großer Enttäuschung.

Die Frauen vergessen, daß das Stimmrecht doch nichts mehr ist wie eine Waffe. Daß sie die Waffe gebrauchen lernen und wie sie sie gebrauchen, davon hängt nicht nur ihr eigenes Geschick, sondern auch das ihrer Kinder ab.

Die Räte der Zeit sind nicht geringer, sie sind größer geworden seit Ende des Krieges. Woran liegt das? Zum Teil natürlich an den Folgen des Versailler Friedensvertrages, der Deutschland so viele Existenzmöglichkeiten nimmt, ihnen aber keine neuen dafür gibt.

Und doch, wieviel schlimmer ist noch alles geworden, als es vor sechs Monaten war, d. h. seit der neue Reichstag gewählt wurde. Solange die Sozialdemokraten noch in der Regierung waren, setzten sie all ihren Einfluß dafür ein, daß die wichtigsten Lebensmittel rationiert und zu Höchstpreisen verkauft wurden. Seit wir eine neue bürgerliche Regierung haben, wird nach und nach eine Ware nach der anderen dem freien Handel ausgeliefert. Die Rot der Hausfrau wächst ins Riesengroße, wenn sie fast für alles, was das tägliche Leben erfordert, weit mehr als das Doppelte zahlen muß, was es noch im Juni 1920 kostete. Rindfleisch ist von 6 Mark auf 14 Mark gestiegen, Nahrungsmittel, wie Haferflocken, die für Kinder so wichtig sind, kosten das Doppelte gegen früher. Der Zentner Kartoffeln hier und da für Minderbemittelte kostet 20 bis 22 M. Die meisten Hausfrauen in Deutschland müssen aber bis zu 60 M. zahlen, um überhaupt Kartoffeln zu erhalten. Alles ist im Ueberfluß zu haben für die Hausfrauen, die Geld haben. Die vielen aber, deren Wirtschaftsgeld knapp

bemessen ist im Verhältnis zu der Lebensmittelerhöhung, und die täglich rechnen und rechnen, müssen sich doch fragen, wie eine so ungeheure Teuerung in so kurzer Zeit möglich ist. Die Regierung, die alle wichtigen Lebensmittel freigegeben hat, steht unter dem Einfluß von Parteien, denen die wahre Not des Volkes fremd ist.

Hausfrauen, besinnt Euch darauf, daß Ihr wählen müßt und daß Ihr die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei wählen müßt, die ausschließlich für Eure Interessen eintritt, die Euch helfen will, eine wenigstens erträgliche Lebensweise zu führen.

Der Sozialdemokratie danken die Arbeiterinnen die strenger durchgeführte Gewerbeaufsicht, die für hygienische Arbeitsbetriebe und für Schutz an gesundheitsgefährlichen Maschinen zu sorgen hat. Sie danken ihr die Möglichkeit, als Betriebsrätinnen mitzuwirken bei sozialen Einrichtungen, bei Lohnfestsetzungen usw. Diese Neuerungen finden noch heute den Widerstand der meisten bürgerlichen Parteien. Weitergehende Forderungen werden kaum durchzuführen sein, wenn die Sozialdemokratie durch Eure Schuld, d. h. durch Abgabe eines Wahlzettels für eine andere Partei an Einfluß verliert.

Auch die Neuregelung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, das allen versicherten, aber auch den nicht-versicherten Wöchnerinnen in ihrer schweren Zeit Hilfe bringt, verdanken die Frauen der Sozialdemokratie. Auch dieses Gesetz kann mit ihrer Hilfe noch besser ausgebaut werden, wenn sie entsprechend stark im Parlament vertreten ist.

Und nun erst die Mütter! Wie warm tritt die Sozialdemokratie für die Erziehung, die leibliche und seelische Pflege der ehelichen wie der unehelichen Kinder ein! Sie will dem Kleinkind wie dem Schulkind helfen, daß es zum tüchtigen Menschen heranwächst, ohne Unterschied der Herkunft. Sie verpflichtet Staat und Gemeinden, den Eltern wie den unverheirateten Müttern bei der Sorge um ihre Kinder beizustehen.

Die Sozialdemokratie hat sich bemüht, bei der Reichsverfassung, wie bei den Verfassungen der Bundesstaaten, die Interessen der Hausfrauen, der Arbeiterinnen und Beamtinnen, vor allem aber der Mütter aufs wärmste wahrzunehmen. Wenn ihr das nicht in dem Grade gelungen ist, wie sie es gewünscht hätte, so liegt das zum größten Teil an dem Widerstand, den die bürgerlichen Parteien ihr leisteten.

Auf Grund der Verfassungen läßt sich eine Reihe von Gesetzen und Forderungen verwirklichen, welche den Frauen zum Segen werden können. Sie dürfen sich aber nicht durch die Versprechungen locken lassen, die ihnen von rechts gemacht werden, daß durch Herstellung der früheren Zustände sich ein Paradies schaffen ließe. Sie dürfen sich auch nicht durch die Phantastereien der äußersten Linken verleiten lassen, die ihnen das Elend der jetzigen russischen Verhältnisse als das Himmelreich schildern wollen. Wer die Parteien von rechts oder links stärkt durch Abgabe eines Wahlzettels für die einen oder die andern, der beschwört neue Kriege, neues Elend über Deutschland herauf. Das wollen die Frauen doch gewiß nicht!

Jetzt, wo die Wahlen in Preußen vor der Tür stehen, ist den Frauen Gelegenheit gegeben, Fehler wieder gut zu machen, die uns im Juni so schwer geschädigt haben. In Preußen ist ja durch die Revolution nicht nur den Frauen das Wahlrecht gegeben. Auch das ungerechte Dreiklassenwahlgesetz wurde aufgehoben. Wieviel ist da gut zu machen, was in früheren Landtagen an den Minderbemittelten gesündigt wurde. Das wird Zeit brauchen! Daß es aber nicht zu lange Zeit braucht, dazu könnt Ihr Hausfrauen, Ihr Arbeiterinnen, Ihr Mütter helfen durch Abgabe des Wahlzettels

für die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten tun das, was Gott von Anfang an durch seine Zeugen gefordert: sie nehmen sich einzig der Armen und Geknechteten in durchgreifender Weise an — und sollten ohne Gott sein!

In der Tat: Es gibt nichts, was die christliche Gottlosigkeit so grell beleuchtet, als der Vorwurf, den die Christen gegen die Sozialdemokratie erheben.

Pfarrer Hermann Rutter.

Weiberherrschaft in Preußen.

Im alten Preußen waren die Frauen politisch rechtlos. Weder zum Wahlrecht, noch zur Rechtsprechung, noch zu den Ämtern waren sie zugelassen. Erst in den allerletzten Jahren des alten Systems eröffnete man den Töchtern der Wohlhabenden das Universitätsstudium, ein Schritt, den selbst das absolutistische Rußland schon viel früher und gründlicher getan hatte.

Und doch hat auch im alten absolutistischen Preußen mitunter das weibliche Element starken Einfluß auf die Politik gehabt. Allerdings kann man hier nicht von Frauenherrschaft reden, sondern muß schon das Wort Weiberherrschaft anwenden. Wie in allen absoluten Fürstenthümern, so hat nämlich auch im Hohenzollernhaus das Maitressenwesen zeitweilig großen Umfang angenommen. Auf der Schule lernt man freilich nichts davon.

Aber diese Maitressen sind vorhanden gewesen und haben oft genug unheilvoll ihre Hand im Spiele der preußischen Politik gehabt. Freilich war es nicht ganz ungefährlich, hohenzollernsche Maitresse zu sein. Wenn nämlich der fürstliche Galan starb, dann drohte durch dessen Nachfolger meist schimpfliche Enttötung. Friedrich Wilhelm I. hat einmal eine Potsdamer Kantorstochter öffentlich auspeitschen lassen, weil sie mit seinem Sohne, dem späteren Friedrich III., ein Liebesverhältnis hatte.

Wir wollen aber hier keine Standardchronik der Hohenzollern schreiben, sondern nur zeigen, wie sehr diese angeblich so edlen Monarchen die Wohlfahrt des Volkes und die Forderungen der Gerechtigkeit hinter ihrem Liebesbedürfnis zu kurz kommen ließen.

Ein früherer Fall ist der des Kurfürsten Joachim I. (1499 bis 1535). Ihm kommt auch eine gewisse geschichtliche Bedeutung zu. Joachim I., der in einem Briefe selbst schrieb, daß er während 17 Jahren keinen Mangel an Weibern gehabt hätte, verlebte sich in die Gattin des angesehenen Berliner Bürgers Wolf Hornung. Da sie ihm nicht zu Willen war, so ließ er sie kurzerhand auf sein Schloß verschleppen, den Gatten aber zwang er unter Konfiskation seiner Güter das Land zu verlassen. Damit hat dieser Fürst den biblischen Fall des Königs David und der Bethseba und den berühmten „Uriasbrief“ gegen deren Gatten noch übertrumpft. Kein Geringerer als Martin Luther hat sich des vertriebenen Wolf Hornung angenommen und nach vergeblicher brieflicher Ermahnung eine starke Kampfschrift gegen den fürstlichen Verführer veröffentlicht. Das aber führte dazu, die Abneigung Joachims gegen den Reformator zu verstärken, der nach seinen eigenen Worten „dem kurfürstlichen Hut ins Futter griff, daß die Haare stieben“. Joachim wurde ein wütender Feind der Reformation und blieb streng katholisch, während schon das ganze Land der neuen Lehre Luthers anhing. So wirkte der schimpfliche Liebeshandel des Fürsten auch politisch aus.

Ein Fall aus der Blütezeit des Fürstenabsolutismus: Friedrich I. (1688—1714) stand lange Zeit unter dem Einfluß seiner Maitresse, der Gräfin Kolbe-Wartenberg. Diese Dame war bürgerlicher Herkunft, der Graf Kolbe-Wartenberg hatte sie aber geheiratet und, indem er seine eigene Gemahlin dem König als Maitresse zuführte, verstand es dieser Kuppler, sich zum allmächtigsten ersten Minister aufzuschwingen. Sein Vorgänger im Amt war der Minister Dantelmann gewesen, ein Westfälischer bürgerlicher Herrmann. Er hatte ein gerechtes und ehrliches Regiment geführt, aber Weiberhals stürzte ihn. Bei der Königin Sophie Charlotte fiel Dantelmann in Ungunst. Der König ließ ihm darauf den Prozeß wegen angeblicher Unterschlagungen machen. Zwei Gerichte sprachen Dantelmann frei, weil nicht das Mindeste gegen ihn vorlag. Da faßte der König selber das Urteil und warf Dantelmann kurzerhand in den Kerker, in dem Dantelmann 11 Jahre lang bis zum Tode der Königin Sophie Charlotte schmachten mußte. An seine Stelle trat der famose Graf Kolbe-Wartenberg, unter dem eine wilde Verschwendungsherrschaft einriß. Wartenberg selber sicherte sich ein Jahresgehalt von 130 000 Talern (fast eine halbe Million Goldmark, doch war damals der Geldwert noch etwa dreimal so hoch als 1914!), ein unerhörtes Gehalt für das noch kleine und sehr arme Land. Aber nicht dem Einfluß seiner Gattin beim König setzte Wartenberg alles durch. Mit seinen beiden Helfern, Graf Wittgenstein und v. Wartensleben

— das Volt nannte dies Kleeblatt die drei „Wche“ des Landes — pfänderte Wartenberg die Staatskassen aus. Als der König unter dem Jorn der öffentlichen Meinung endlich Wartenberg schweren Herzens entlassen mußte, vermachte er ihm außer kostbaren Geschenken noch eine jährliche Pension von 20 000 Talern. So lohnte er den unredlichen Gatten seiner Maitresse; den ehrlichen Dantelmann hatte er in den Kerker geworfen.

Eine ähnlich unheilvolle Rolle wie die Gräfin Wartenberg unter Friedrich I. spielte die Gräfin Lichtenau unter Friedrich Wilhelm II. (1786—1797). Dieser unfähige Nachfolger des Alten Fritz war ein ebenso großer Schlemmer wie Weiberfreund. Bezeichnend ist, daß der sonst so stolze märkische Uradel, der prahlerisch von sich zu sagen pflegt, daß er längst vor den Hohenzollern in der Mark gefessen habe, diesem Fürsten seine Frauen willig als Maitressen überließ. In der langen Reihe der Maitressen Friedrich Wilhelms II. figurieren u. a. eine Gräfin Sophie Dönhoff und ein Fräulein Julie v. Bock (von ihrem Galan zur Gräfin von Jüngenheim erhoben). Doch den größten Einfluß auf den König hatte die oben genannte Gräfin Lichtenau, von Hause aus eine bürgerliche Wilhemine Ende, die später einen Kammerdiener des Königs namens Riez heiraten mußte, aber dann zur Gräfin Lichtenau erhoben wurde. Sie brachte den König, der in Rückwirkung seiner Ausschweifungen periodisch einer widerwärtigen Frömmerei anheimfiel, ganz unter den Einfluß religiöser Dunkelmänner und Betrüger. Es war die Setze der Rosentreuher, die damals allenthalben spiritistischen Humbug verübte. Ihre Hauptverführer, namens Wöllner und Bischofswerder, hatten den König mittels ihrer Geisteserscheinungen völlig in der Hand, sie waren seine ersten Ratgeber und spielten eine verhängnisvolle Rolle wie der Wöndch Rasputin am Hofe des letzten Nikolaus. Friedrich Wilhelm II. hatte von seinem Vorgänger einen Schatz von 51 Millionen Taler geerbt, er selbst hinterließ durch seine Maitressenwirtschaft 27 Millionen Taler — Schulden!

Aber noch einer Frau soll hier gedacht werden, der die Hohenzollernlegende den Heiligenschein gewoben hat, seiner Maitresse, sondern einer selbsthaften Königin: der Königin Luise, der Gattin Friedrich Wilhelms III. Keine Frau hat die Märtyrerkrone weniger verdient als sie. Ihr Einfluß war es zum großen Teil, der den haltlosen König bestimmte, sich mit Alexander von Rußland zu verbinden und jenen unheilvollen Krieg von 1806 zu beginnen, in dem der absolutistische preussische Staat einen beispiellosen Zusammenbruch erlebte. Als Preußen vollkommen gedemütigt und zerstückert am Boden lag, da wußte sich der biedere Friedrich Wilhelm keinen anderen Rat, als daß er seine Gattin zu Napoleon schickte, damit sie durch ihre weiblichen Reize das Herz des Eroberers rühre! Damals schrieb Napoleon an seine Gattin Josephine die berühmten Worte: „Die Königin von Preußen ist sehr liebenswürdig zu mir, aber Du brauchst deswegen nicht eifersüchtig zu sein, ich bin wie ein Wachsstück, von dem das alles abgelaufen.“

Nach der Katastrophe war es der Freiherr von Stein, der den preussischen Staat wieder aufzurichten suchte. Aber mit seinen Reformen, namentlich der Bauernbefreiung, stieß er auf den erbitterten Widerstand der preussischen Junker, deren Wortführer v. d. Marwitz erklärte: Lieber noch zehn Schlachten von Jena als die Steinische Bauernbefreiung. Das Haupt dieser junkerlichen Fronde wurde die Königin Luise, die Stein bitter grollte, weil er den Luxus des königlichen Hofstaates einzuschränken suchte. In einem Brief beklagt sich diese „edle“ Frau bitter, daß sie mit vier Gängen der Mittagstafel und drei Gängen der Abendtafel vorlieb nehmen müsse, das sei weniger als nichts! Die Hohenzollern-Legende läßt die Königin Luise an „gebrochenem Herzen“ sterben. In Wirklichkeit starb sie auf einer Bergnütungsreise zu ihren medlenburgischen Verwandten, die sie mit einem lustigen „Heißhaha tralala!“ angetrieben hatte. Ihr „untröstlicher Gatte“ ließ sich übrigens alsbald eine Gräfin Harrahd morganatisch (zur linken Hand) antrauen.

Doch zurück zu Stein. Sein Schicksal war besiegelt, als er der Königin Luise die Summen zu einer Bergnütungsreise an den russischen Hof abschlug und meinte, daß das Geld für die Bewohner des verwüsteten Masurenlandes besser verwendet werden könne. Auf diese Kränkung hin brach die Königin dem Minister das Genick und der König entließ Stein als einen „widerpenstigen und ungehorlaunen Diener“. Vorher hatte er ihn in echt königlicher Weise noch durch die Adelsclique bei Napoleon den ungenügeren lassen! — Stein war übrigens nicht der einzige preussische Staatsmann, der sich gegen weibliche Hofintriguen wehren mußte, auch Bismarck hat zwei Menschenalter später bitter darüber geklagt, was ihm die Weiberröde an preussischen Hofe zu schaffen machten.

An den Hohenzollern bewahrheitete sich eine alte Erfahrung, daß nämlich die größten Gegner der Frauenrechte oft am meisten unter weiblichem Einfluß, aber dann freilich unter dem ungeschicktesten weiblichen Einfluß stehen.

Schicksal!

Es ist so leicht, so leicht, wie sich's die Menschen machen!
Sie sagen: Es ist Schicksal! Ich vermag es nicht zu ändern!
Sie sagen: Es ist Gottes Wille! Ich muß mich fügen!
Es ist Vererbung! Ich muß es tragen!
Vorausbestimmung!
Verhängnis!
Unglück!
Tüchel!
Pech!
Es ist stärker als ich!
Ich kann nichts dafür!
Du kannst nichts dafür!
Wir können nichts dafür!
Sie sagen nicht ein einziges Mal:
Es ist meine Schuld! Es geschieht mit Recht!
Ich hätte besser vorsorgen sollen und auf der Hut sein!
Cäsar flaischten.

Gibt Euer Recht nicht preis!

Das gleiche, allgemeine Wahlrecht, das Frauenwahlrecht — ich weiß, unter euch Frauen, die ihr Mütter und Hausfrauen seid, sind viele, die die Achsel zucken und meinen: Was ist uns das, wir haben es nicht verlangt!

Ich weiß, eure Sorgen kreisen um nähere Dinge, ihr klagt nicht, wenn ihr von euren Lasten und Bedrückungen spracht, über das „Dreiklassenwahlrecht“.

Ich weiß, euch drückt die Sorge um das tägliche Brot, euch quält die Mühe, Kleidung zu schaffen für drei, vier werdende Menschen, euch peinigt, daß ihr euren Kindern nicht den Weg bereiten könnt zu sorgenreichem, lichthem Dasein.

Aber müht ihr euch denn nicht sorgen um das tägliche Brot, weil die Arbeitskraft eurer Männer Ware ist, die schlecht bezahlt wird, weil die Besitzer von Grund und Boden oder Maschinen von ihr leben wollen?

Müht ihr euch nicht mühen um die nötigste Kleidung, während eure Männer an den Maschinen feinsten und kostspieligsten Luxuskleidern arbeiten müssen?

Könnt ihr euren, noch so gesunden und klugen Kindern nicht darum die Wege zu besserem Leben öffnen, weil euch das Geld fehlt, weil die Schulen, die Lernjahre zu hoch für euer Einkommen sind?

Und müht ihr nicht Kinder gebären, ohne zu wissen, wie ihr sie ernähren solltet, müht ihr nicht Kinder gebären, wenn ihr so unterernährt und krank wart, daß die Frucht in eurem Leibe auch schwach und krank sein mußte?

Ihr mühtet, euch drohte das Zuchthaus — den reichen Frauen standen teure Sanatorien und willige Hausärzte zur „Abhilfe“ bereit.

Das alles und noch viel mehr ist eure Plage, sind eure Lasten. Nimmt man nicht das Mittel, Lasten abzuwälzen, selbst wenn man es vorher nicht als solches erkannte? Ergreift man nicht das Schwert, das einem zum Kampf um ein besseres Dasein, gegen eiserne Unterdrückung geboten wird, selbst wenn man nicht nach dem Schwert gerufen hat?

Die Revolution und die Partei, die dafür sorgte, daß sie nicht in eine Diktatur, in neue Unterdrückung ausartete, die alte Sozialdemokratische Partei, sie gab euch ein Schwert, gab euch ein Mittel an die Hand, an der Beseitigung alles, was euch bedrückt und bedrängt, mitzuarbeiten, mitzuarbeiten, ohne in blutigem, verheerendem Kampf alles zu zertrümmern: Das allgemeine freie gleiche Wahlrecht, euer Stimrecht!

Wer wollte so nährlich sein, das Mittel nicht zu gebrauchen?

Ein Großstadtbild.

Von Elisabeth Röhl.

Im Vorort einer modernen Großstadt ereignete sich folgende alltägliche Geschichte:

Eine arme Schustersfrau erwartet in einem Monat ihr zweites Kind. Sie ist noch sehr jung, kann noch vielen Kindern das Leben geben, hat aber bei ihrer Verheiratung schon vier Kinder von drei verschiedenen Frauen vorgefunden. Der Mann hatte Pech, denn die erste Frau starb an der Schwindsucht, nachdem sie einem Jungen zum Leben verhalf. Die zweite Frau starb bei ihrem zweiten Kind — am Kindbettfieber. Die dritte Frau wurde von der Grippe weggerafft, sie ließ ein sieben Wochen altes Mädchen zurück. Die neue Mutter ging bei ihrer ersten Entbindung in eine Hebammenlehranstalt, in der sie sehr krank an ihren Brüsten wurde, schwere Operationen erduldet und für immer die Stillfähigkeit verlor. Sie also

erwartete das zweite Kind (das letzte in der Familie). Im engeren Behausung, bestehend aus der Küche, die zugleich Werkstatt des Mannes ist, einem Korridor, in dem die beiden größeren Sungen schlafen, und zwei düstern schmalen Zimmern wohnen die Leute. Fünf Kinder also quirlen in der eng-dunklen Parterrewohnung. Es fehlen Kohlen; die Tapeten sind stellenweise abgerissen und lassen die feuchten Mauern sehen.

Der Frau sind keine Aufregungen erspart, denn der Schuster lebt über Gebühr den Schnaps. So geht die Entbindung frühzeitig los, der Mann muß in der Nacht eine Hebamme suchen. Die drei in der Nähe wohnenden weisen Frauen sind verhindert, eine öffnete nicht; der Fall soll untersucht werden, ob Böswilligkeit dahinter stecke. Nach vergeblichem Umherlaufen geht er zu einer Frau, die als Erstwarterin ausgebildet ist und seine an der Grippe verstorbene Frau einst pflegte. Sie eilt hin, läßt aber inzwischen auch einen Arzt benachrichtigen, der nach einer halben Stunde erscheint und nur zu konstatieren braucht, daß ein kleiner Junge angekommen ist und die Pflegerin ihre Sache sehr gut gemacht hat.

Was zeigt uns dieser eine Fall, der sich ebensogut in der Kleinkabot oder auf dem Dorf abgespielt haben könnte? Ich wurde nur zufällig auf ihn aufmerksam.

Er beleuchtet schlaglichtartig eine Reihe von sozialen Nöten und zeigt uns vielerlei Gründe, warum und wo die soziale Fürsorge von Mensch zu Mensch einzusetzen hat. Er zeigt uns, wie ein Mensch, in diesem Falle der Mann, durch Anhäufung von Glend zum Trinker wird. Bestätigt werden erneut die jammervollen Wohnverhältnisse, die zu ändern vielleicht die Insassen moralisch nicht mehr in der Lage sind und für die Hilfe nur von außen einsehen kann. Gegen die Anstaltsentbindung hat die Frau nur ein Vorurteil, weil sie beim ersten Kind die schweren Brustoperationen mitmachte. Zu Hause aber ist weder Ruhe, noch Sauberkeit, noch geordnete Pflege, weil in der betreffenden Stadt der private Hauspflegedienst seine Tätigkeit einstellte und städtische Pflegerinnen in solchem Umfange nicht vorhanden sind. Die Anstellung einer Pflegerin aber, die sich zu gleicher Zeit um den Haushalt kümmert, ist zu kostspielig. Ist es da nicht ein Wunder, wenn Mutter und Kind gesund bleiben? Und müssen wir Frauen nicht alles daransehen, um durch die soziale Gesehgebung so krasse Gesehbnisse zu verhüten? Jede Frau müßte in einer guten Anstalt entbinden können. Zu gleicher Zeit aber muß eine Fürsorgestelle die Hilfe für den Haushalt stellen, die schon in den letzten beiden Wochen den hoffenden Frauen zur Hand geht und nach der Entbindung einige Zeit die Hausarbeiten weiter versieht.

Aber an der alltäglichen Geschichte sah ich noch mehr, was zu ändern und zu bessern eine verhältnismäßig leichte Staatsmühe wäre. Ja, zu einer Arbeit des Landes gehört dieses Gebiet. Liebe Leserin, wir stehen vor den Landtagswahlen in Preußen, und diese sind eine Frauensache, und zwar eine sehr ernste und wichtige. Bekanntlich hat die erledigte Landesversammlung Preußens das Hebammengesetz nicht mehr verabschieden können (oder wollen). Dieser Gesehntwurf sah schon eine Reihe von Besserungen verschiedener Art vor. Das neue Parlament wird zur Entscheidung bringen, ob der Gedanke, daß der Hebammendienst eine von Grund auf zu regelnde wichtige Sache ist, von den Frauen als Wählerinnen erfasst wurde. Nirgendwo ist der Gedanke, die leiblichen Nöten durch sorgsam ausgebildete, nach Eignung gewählte Fürsorgerinnen zu bewältigen, von den Frauen erfasst. Sonst müßten viel mehr Frauen Anhängerinnen der Sozialdemokratie sein, die das Arzt- und Hebammenwesen sozialisieren will. Denn Arzt und Hebamme müssen, von der Gesellschaft angestellt, für die Gesellschaft arbeiten.

Vorbereitende Maßregeln, rechtzeitige fürsorgerische Tätigkeit, vorgeschrieben und angebahnt durch Reichs- und Landesgesetzgebung, ausgeführt durch städtische Maßnahmen, das ist ein Teilgebiet für die Frau in der Politik.

Unter dem Sozialismus, der jedem Individuum die eigene Existenz sichert, wird die Arbeit des Tages nur dazu dienen, die besondern mehr oder weniger glänzenden Gaben des Individuums zur Geltung zu bringen, und die besten und fruchtbarsten Jahre des Lebens werden nicht, wie heute, verdorben werden in dem verzweifeltsten, krampfhaften und erniedrigenden Ringen um das tägliche Brot.

Der Sozialismus wird jedem mit der Sicherheit einer menschenwürdigen Existenz die Freiheit zur Entwicklung und Ausbildung der körperlichen und geistigen Persönlichkeit gewähren, die er von der unerschöpflichen Mannigfaltigkeit und immer neuer Gestaltungskraft waltenden Natur mit auf die Welt bekommen hat.

Enrico Ferri.

Sagt es den Hausangestellten!

Die Volksbeauftragten — Mitglieder der sozialdemokratischen organisierten Arbeiterschaft — waren es, die am 12. November 1918 die Gesindeordnungen außer Kraft setzten.

Jahrzehntelang forderte die Arbeiterschaft von der Regierung die Beseitigung dieses alten Unrechts, Gehör fand sie aber nicht, denn die bürgerlichen Parteien lehnten stets die berechnete Forderung ab.

Die Volksbeauftragten waren es auch, die den Frauen, somit auch den Hausangestellten, das Wahlrecht gaben. Es nun zum eigenen Vorteil auszunutzen, muß Aufgabe einer jeden Hausangestellten sein, denn Großes steht bevor. Keiner darf sich selbst schädigen.

Das neue Recht für Hausangestellte wird baldigst im Reichstag zur Beratung stehen, und da werden wir von den bürgerlichen Parteien dasselbe erleben wie seinerzeit im Preussischen Landtag.

Man wird unseren Forderungen auf Einführung der gesetzlich geregelten Arbeitszeit, der genügenden Freizeit und des Abschließens von Tarifverträgen mit Hohn und Spott begegnen und wird sich nicht scheuen, wieder zu erklären, daß unsere Forderungen zu hoch seien und man daran denken müsse, sich Ausländer (Indier oder Chinesen) herzuholen. Man wird weiter sagen, daß die Hausangestellten nicht ausgebeutet werden, sondern man nur von einer Ausbeutung der „Herrenschaften“ sprechen könne.

So und nicht anders wird wieder gesprochen werden, und letzten Endes wird, da der Reichstag keine sozialdemokratische Mehrheit hat, ein Gesetz zustande gebracht werden, das uns nicht befriedigen wird.

Deshalb müssen alle Hausangestellten jetzt darauf bedacht sein, daß wenigstens der Preussische Landtag so besetzt wird, daß die organisierte Arbeiterschaft die Mehrheit bekommt.

Der Preussische Landtag hat Gesetze zu machen, die von weittragender Bedeutung auch für die Hausangestellten sein werden, darum kommt es auf jede einzelne Stimme an.

Keine Hausangestellte darf den Stimmzettel einer bürgerlichen Partei, von der Demokratischen Partei an bis zur Deutschnationalen, am 20. Februar in die Wahlurne werfen, denn diese können niemals wahre Vertreter der Hausangestellten sein.

Sagt es den Hausangestellten, die in ihrer Abgeschlossenheit kein sozialdemokratisches Blatt erhalten, daß sie alle ihre Stimme der Partei geben müssen, die immer aufrechtig und mutig für die Unterdrückten, auch für sie, eingetreten ist, nämlich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Ehering und Preußenwahl.

Von Theodor Thomas.

Ueber Trauringe könnten leicht einige hundert Geschichten geschrieben werden. Diesmal will ich mich mit einer begnügen, die meinen Bekannten Karl Kirchberg betrifft. Er mußte vorige Woche verreisen. Während er aus seinem Abteil auf den Bahnsteig blickte, stieg eine hübsche junge Dame zu ihm ein, die ihn bat, ihr den Platz in der anderen Ecke freizuhalten.

Einen lieberen Auftrag hätte Karl nicht erhalten können. Er war zwar mit Erfolg verheiratet, um aber der jungen Mitfahrenden das Herz darüber nicht schwer zu machen, streifte er sein äußeres Kennzeichen ab. Dann setzte er sich frohen Mutes auf seine gestreiften Hosen.

Das hübsche Mädchen kam kurz vor Abfahrt wieder ins Abteil. Nun legte unser Karl los mit seinen dreideutigen Redensarten, auf die sein Gegenüber nur sehr ausweichend Antworten gab. Trotzdem schwafelte er lustig weiter, in der Hoffnung, Eindruck zu machen. Auf einmal frag ihn die Dame aus der andern Ecke:

„Wie denken Sie über die Aussichten am 20. Februar?“

Er prallte entsetzt zurück.

„20. Februar? Was ist denn da los?“

„Ja, wissen Sie denn nicht, daß an diesem Tage der preussische Landtag gewählt wird?“

Denn man ihm gesagt hätte, daß er am 20. Februar aus dem vierten Stock in den Hof geschmissen würde, hätte er kein unglücklicheres Gesicht machen können. „So hübsch sein“, dachte er, „und solche Reden.“

Dies rätselhafte weibliche Wesen aber fuhr fort: „Ich wundere mich, wie man heute überhaupt noch Wichtigeres zu besprechen hat, wie es die Wahl gerade diesmal ist. Unscheinend wissen viele gar nicht, was auf dem Spiel steht.“

Kirchberg sperrte seinen Mund weit auf und sah hin Gegenüber dumm an:

„Ja, ja,“ fuhr das fort, „sever wann, der mit einer Frau, jeder Jüngling, der mit einer jungen Dame zusammenkommt, sollte der tiefen Bedeutung dieser Wahl gerecht werden und statt des üblichen süßen Schmuses ihr mal was Vernünftiges ins Gewissen reden, denn die Frauen geben den Ausschlag.“

„Kosoffal, nur ich verstehe ja gar nicht...“

„Schlimm genug. Aber dann kommen Sie wenigstens Ihrer Pflicht etwas nach und zeichnen Sie mir hier einen Beitrag für die Wahl. Das ist auch schon was.“

„Aber selbstverständlich, gern.“

„Hier.“ Damit schob sie ihm eine Liste hin. Er zögerte; gern tat er es nicht.

„Nun, als lediger Herr“, sie betonte das Wort „ledig“ wie auf eines Messers Spitze, „können Sie ruhig mal einen Blauen fliegen lassen,“ ermunterte sie ihn.

Widerwillig malte Karl hundert Mark hin. „Verteufelt, das war ein teurer Spaß,“ brummte er.

„Ja, ja, diese Wahl, das ist etwas sehr, sehr Wichtiges; schon wenn man sich die Verfassung ansieht, erkennt man ihre Bedeutung. Haben Sie mal einen Blick hineingetan?“ plauderte sie weiter, während der Hunderte verschwand.

Er hatte es nicht. Da verkaufte „sie“ ihm noch schnell das kleine Büchlein von Hirsch für 2,50 M. Ihre Station war gekommen, sie stand auf.

Er machte zum Schluß doch noch einen Versuch: „Ob man sich nicht mal treffen könne“, frag er sie.

„In einer politischen Versammlung ja; und dann bringen Sie Ihre Frau mit.“

„Was, meine Frau?“

„Jamohl. Reinen Sie, ich hätte nicht gesehen, wie Sie, als ich das erste Mal hereinkam, ihren Ring brav anhaben? O, das habe ich sofort gemerkt.“

Er war blass. Sie verabschiedete sich höflich und ging. Kirchberg aber steckte seinen Ring wieder an und las sich die preussische Verfassung mal durch, fortwährend leise schimpfend:

„Auf so ein hübsche Larve soll ich nicht mehr hinetn; man ist jetzt ja keinen Augenblick sicher, einer Agitatorin in die Arme zu laufen. Ekelhaft.“

Erzählt hat Karl Kirchberg seiner Frau die Sache nicht; vielleicht erfährt sie es auf diesem Wege, Schaden kann es ihm nicht.

„Mutter, denk an mich!“

Von G. Pitz.

Der Sinn dieses herrlichen Plakates, das der Wahlpropaganda bei den Reichstagswahlen diene, sollte jede Mutter, nein jede Frau auch bei den demnächst stattfindenden Wahlen beschäftigen. Wer sich den schlecht gekleideten und schlecht ernährten Jungen gegenwärtig, wem blutet da nicht das Herz? Und so wenig wie leider durch das viel zu geringe Einkommen unserer Männer, die als Arbeiter, Angestellte und Beamte tätig oder gar arbeitslos sind, gegen dieses Elend tun können, um so mehr können wir mit dem Stimmzettel helfen. Seid dessen eingedenk! Redet nicht so leichtfertig, wie man es oft in den Kaufläden hört: „Es wird ja doch nicht besser!“, sondern sagt: „Es muß besser werden!“

Die Ärzte sind bei den hohen Honorarsätzen und unserem geringen Einkommen nicht zu bezahlen. Kräftige Lebensmittel sind wegen zu hoher Preise nicht zu beschaffen. Die Hausarztvereine (Selbsthilfe der organisierten Proletarier) sind wegen allzu hoher Arztgebühren nicht mehr lebensfähig. Die Kinderkliniken sind überfüllt.

Genossinnen, laßt Euch nicht beschämen von den bürgerlichen Frauen, Kloster- und Krankenschwestern sowie den nicht denkenden Frauen, welche überall mit dem Schwindelmärchen agitieren, unser Elend wäre die Folge der Revolution. Sagt allen, daß es die Folgen des nicht zu verantwortenden Krieges sind, laßt ihnen laut und deutlich, auch in den Kaufläden, wie wir schon während des Krieges hungern, frieren und leiden mußten, wie unsere Männer sich opfern, unsere Kinder darben mußten. Hallet Euch immer wieder das herrliche Wahlplakat vor Augen: „Mutter, denk an mich!“ Agitiert bei allen Verwandten, Hausangestellten und den gleichgültigen Frauen, damit durch eine sozialdemokratische Mehrheit unsere Forderungen erfüllt werden. Damit auch für uns einmal wieder die Sonne lacht und wir unseren Kindern eine hellere, glückliche, nicht von Sorgen gepeinigte Mutter sein können.

fesselt die Erde in zwängende Schranken!
Greifet der Zeit in das rollende Rad!
Bindet die Flügel der kühnen Gedanken!
Haltet die Menschheit auf strebendem Pfad!

Törichter Blödsinn spricht:

„Erde, beweg' dich nicht!“ —

Nimmermehr zwingt ihr sie, stille zu stehen!
Vorwärts und vorwärts wird ewig sie gehen!

Hindert und hemmet noch:

Und sie bewegt sich doch! Max Regal.